

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig beliefert Zustellung ins Haus monatlich 15.— Mk., vierteljährlich 45.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Abgabepreis: Die 8-spaltige Zeile 5.— Mk., von auswärts 7.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 2-spaltige Zeile 15.— Mk., von auswärts 20.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt, Annahme bis früh 9 Uhr. — Postsekretariat Danzig 2945.
Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 115 | Mittwoch, den 17. Mai 1922 | 13. Jahrgang

Amerika geht nicht nach Haag.

Die Aufforderung der Entente an Amerika, an der Sachverständigen-Beratung im Haag teilzunehmen, hat Amerika abgelehnt. Der amerikanische Botschafter überreichte gestern dem Minister Schanzer als Antwort Amerikas auf die Einladung zu der Haager Konferenz eine Note, derzufolge die amerikanische Regierung in jeder irgendwie tunlichen Weise am Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse mitwirken will und noch einmal die Freundschaft für das russische Volk und das lebhafteste Interesse Amerikas an allen Maßnahmen zur Wiedergesundung des Wirtschaftslebens Russlands ausdrückt, jedoch nicht zu dem Schluß kommen kann, daß die amerikanische Regierung in entsprechender Weise an der Haager Konferenz teilnehmen kann, da diese Konferenz offenbar eine Fortsetzung der Genuaer Konferenz unter anderem Namen sein würde und der Natur der Dinge nach in gleicher Weise auf die gleichen Schwierigkeiten stoßen müßte, falls die im russischen Memorandum vom 11. Mai eingenommene Haltung unverändert bleibt. Die unaußweichlich und letzten Endes entscheidende Frage sei offenbar die Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Rußland, wozu die wesentlichen Vorbedingungen noch geschaffen und der Natur der Dinge nach innerhalb Russlands selbst geschaffen werden müßten. Indessen sei Amerika stets bereit gewesen, an einer Sachverständigenankete über die Wirtschaftslage Russlands und die Mittel zu einer Besserung teilzunehmen, die sich mit den wirtschaftlichen Vorbedingungen einer Wiederherstellung der Produktionsfähigkeit in Rußland beschäftigen müßte, ohne welche offensichtlich jede gesunde Basis für Kredite fehlen müßte. Amerika sei durchaus bereit, allen Vorschlägen der Genuakonferenz oder einer späteren Konferenz ernsthafteste Beachtung zu schenken, glaube indessen, daß die gegenwärtig vorliegenden Anregungen angesichts des Wortlautes des russischen Memorandums nicht so bestimmt seien, um der amerikanischen Regierung es zu ermöglichen, ihre Hand zu dem vorgeschlagenen Konferenzplan zu bieten.

Der „New York Herald“ begründet die Ablehnung, an der Konferenz im Haag teilzunehmen, damit, daß die Washingtoner Regierung sich nicht in die Machenschaften der Alliierten einzumischen wünsche: in einem Augenblick, in dem man die neue Lage als ein Wertespiel betrachte, das den augenscheinlichen Fehlschlag der Konferenz von Genua maskieren solle.

Beratung über die Ostfragen.

Gestern nachmittag fand im Palazzo Reale eine Sitzung der einladenden Mächte statt, in der zuerst die Frage Litauens und dann die Frage Estlands besprochen wurde. Lloyd George erklärte, er sei der Ansicht, daß diese Fragen, wenn auch nicht sofort, so doch für die Zukunft große Gefahren in sich bergen würden. Der begrenzte Gottesfriede biete nur für drei Monate Schutz. Dann würden jene Fragen wieder akut werden. Er hoffe aber, daß der Völkerbund sich jener Fragen annehmen würde. Barthou erklärte sich damit einverstanden. Dem Völkerbund überwiesen wurden u. a. die Frage der Bekämpfung der Epidemien und des Hungers. Die Konferenz soll das Rote Kreuz als europäisches Organ zur Bekämpfung der Epidemien und des Hungers anerkennen. Um der russischen Delegation zur Beantwortung der Vorschläge Zeit zu lassen, sah man von einer Festsetzung des Tages für die letzte Plenarsitzung ab. Im allgemeinen rechnet man mit dem Sonnabend als dem Schlußtag der Konferenz.

Die Abkehr vom Nationalen Block.

Das Ergebnis der Generalratswahlen ist ein bemerkenswertes Symptom für die Abkehr der französischen Volksmassen von der Politik Poincarés und des bloc national, dessen Bedeutung noch dadurch erhöht wird, daß die Wahlen zeitlich mit dem „Triumph“ der französischen Politik in Genua zusam-

menstelen. Die Presse des Nationalen Blocks sucht natürlich die Bedeutung der Wahlergebnisse, die übrigens durch die Stichwahlen noch eine Korrektur zugunsten der Linksparteien erfahren dürften, herabzusetzen. Sie hemmt sich, den Nachweis dafür zu erbringen, daß die Wahlen keinerlei Veränderungen in der Politik des Landes herbeiführen können. Immerhin kann sie ihre Verärgerung über das Wahlergebnis nicht verhehlen und sie beklagt sich über die „zügellose Propaganda“ der radikalen Parteien. Im Gegensatz dazu kommentiert die Linkspresse das Wahlergebnis mit größter Genugtuung. „Frankreich hat einen Neud nach links gemacht“, schreibt „Le Nouvelliste“. Das „Journal du Peuple“ erklärt, bei jeder neuen Wahl lasse sich ein immer breiterer Zug gegen den bloc national erkennen. „Humanité“ weist auf die große Anzahl von Stimmen hin, welche die Reuterer vom Schwarzen Meer erhalten haben. Dies sei die Antwort des französischen Volkes auf die jüngste „Amnestie“ Poincarés. Das Blatt erklärt die Wahlen für einen Sieg der Kommunisten. „Populaire“ schreibt, es zeige sich, daß die Herrschaft des bloc national bereits erschüttert sei. Der Wahlsieg der Linken wäre noch größer geworden, wenn nicht die Kommunisten in Freisen, wo sie von vornherein keine Erfolgsaussichten hatten, besondere Kandidatenlisten aufgestellt hätten.

Nansen auf der Völkerbundratsstagung über Russlands Hungersnot.

Die Völkerbundratsstagung in Genf beschäftigte sich auf Anregung Nansens auch mit der Frage der Hungersnot in Rußland. Die Aussprache schloß unmittelbar an die Rußlandsdebatte der Genuaer Konferenz an und bezweckte nach der Ansicht Nansens, eine wesentliche Etappe der Beratungen der Konferenz auszufüllen. Nansen, der diesmal nicht als Oberkommissar der Rußlandhilfe, sondern als Delegierter der norwegischen Regierung sprach, stellte das Problem der russischen Hungersnot als ein im höchsten Grade wirtschaftliches Problem zur Debatte. Das kam bereits in seinem namens der norwegischen Regierung gestellten Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch den Völkerbund zum Ausdruck, der im Namen aller Kulturvölker, besonders Europa, über die fortschreitende russische Hungersnot und ihre wirtschaftlichen Folgen für Europa und die Welt sowie über die notwendigen Hilfsmassnahmen Erhebungen anstellen solle. Bei der Begründung seines Antrages legte Nansen das Hauptgewicht auf den Nachweis, daß die Bekämpfung der Hungersnot und der Epidemien Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Russlands und den Aufbau Europas ist. Nansen erinnerte an die gegenwärtige europäische Wirtschaftskrise und gab insbesondere eine Schilderung der Wirtschaftskrise Norwegens, die nur darauf zurückzuführen sei, daß Rußland aufgehört habe, wirtschaftlich zu existieren und daß jetzt das niedrige Durchschnittsniveau der europäischen Lebensbedingungen solange so niedrig bleiben werde, als Rußland nicht wieder der große Erzeuger von Reichthümern geworden sei, der es früher war. Die Genuaer Konferenz habe bewiesen, daß die europäischen Staatsmänner für solche Gesichtspunkte empfänglich seien, aber die norwegische Regierung glaube nicht, daß der Erfolg der Genuaer Konferenz zum sofortigen Wiederaufbau des Handels mit Rußland führen werde, denn gewisse Realitäten der Lage in Rußland seien nicht in Genua besprochen worden. Wenn die im Völkerbund vertretenen Regierungen nicht ihre Bemühungen zusammenschließen, um die wirkliche Lage Russlands zu prüfen, ihre Folgen zu erkennen und die Maßnahmen zur Abhilfe zu suchen, so werden sie in einer der wichtigsten Aufgaben einer jeden Regierung versagen. Dieses Versagen aber werde dem Völkerbund teuer zu stehen kommen.

Der Völkerbund hat es jedoch abgelehnt, sich mit der russischen Frage zu befassen und beschloß, die Konferenz in Genua hzm. die einzusetzenden Sachverständigenkommissionen um die Prüfung und Lösung der durch die russische Hungersnot aufgeworfenen Probleme vornehmlich auch in ihren wirtschaftlichen Zusammenhängen zu ersuchen. Der Antrag ging von Lord Balfour-England aus und wurde von Frankreich unterstützt. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die Konferenz geeigneter sei als der Völkerbund, diese Probleme zu untersuchen, da sie auf einer breiteren Basis als die Völkerbundorganisation stehe, die außerdem mit Rußland noch keine Beziehungen un-

terhalte. — Einer schiebt also die Hilfe auf den anderen. Unterdessen verhungern in Rußland weitere Millionen.

Die Münchener Flaggenhege.

Der nationalistische Rummel nimmt in München seinen Fortgang. Ein besonderes Verdienst ist dabei zweifellos der „Augsburger Abendztg.“ zuzumessen, die vorgestern früh schrieb: „Unter Herrn v. Raß wäre das Aufsteigen einer schwarz-rot-goldenen Fahne unmöglich gewesen. Im Namen der Tausende von Bayern, die nichts mit der Berliner schwarz-rot-goldenen Fahne zu tun haben wollen, fordern wir entschieden und rasch die Entfernung dieser Fahne.“ Der Bürgermeister von München, Genosse Schmidt, der von der Polizeidirektion am Montag mittag von der Festführung der Fahne am Hauptbahnhof nicht verständig wurde, obwohl die Flagge Eigentum der Stadt München ist, ließ sich von der „Augsburger Abendzeitung“ nicht einschüchtern und ordnete den Ersatz der verbrannten Flagge durch eine andere an. Nun wurde in einer Versammlung der Dauernationalen neuerdings für die gewaltsame Entfernung der Reichsflagge Stimmung gemacht. Ein Vortrag Rudolf Steines wurde ganz systematisch gepregelt; die üblichen Schlägereien, Steinwürfe und Gummiknüppel fehlten nicht. Als die Polizei den Saal geräumt hatte, formierten sich die Demonstranten auf der Straße zu einem Zuge und marschierten zum Bahnhofplatz. Die an Stelle der verbrannten schwarz-rot-goldenen Fahne gehißte neue Flagge war für die Nacht aus bestimmten Gründen abgenommen worden. Die Demonstranten sangen das deutsche Flaggenlied und machten sonst noch einigen Lärm, ohne in ihrer Demonstration von der Polizei irgendwie belästigt zu werden. Verhaftungen der nationalistischen Radfahrer wurden nicht vorgenommen.

Verschärfung im süddeutschen Metallarbeiterkampf.

Der Konflikt in der süddeutschen Metallindustrie hat eine Verschärfung erfahren. Die vom Verband der Metallindustriellen angekündigte Aussperrung der Metallarbeiter wird in den Bezirken Frankfurt, Darmstadt, Hanau, Offenbach und Oberursel heute in Kraft treten.

Der Bürgerkrieg in China.

Im Frühjahr 1921 wurde das Peking Parlament im Widerspruch zur Verfassung aufgelöst. Seine Mitglieder wandten sich nach Kanton. Sie erkannten den Präsidenten Hsi Shih-chang nicht an, sondern wählten Dr. Sun Yat-sen, der sich zum Präsidenten von China ausgerufen hat. Das heißt also, die Kantoner Regierung hält sich für die alleinrechtmäßige Gewalt, wenngleich sie bisher von den Großmächten nicht anerkannt worden ist.

Zu diesem Gegensatz zwischen Nord- und Südjina trat in letzter Zeit ein Streit zwischen zwei Generalen des Nordens, so daß sich in China drei Mächtegruppen gebildet haben:

1. Im Süden der sozialistisch angehauchte Sun Yat-sen in Kanton, der über fünf Sübprovinzen verfügt. Er erstrebt die Industrialisierung Chinas, die im Süden bereits am weitesten vorgeschritten ist.
 2. In Mittelchina die Chihli-Partei unter der Führung Liao-huns und des liberalen Generals Wu Peifu in Hankou, die stark unter englisch-amerikanischem Einfluß stehen.
 3. Im Norden die Fengtien-Partei unter der Führung des Generals Chang Tso-lin in Mukden, der die drei Ostprovinzen beherrscht. Chang ist konservativ, Anhänger einer konstitutionellen Monarchie und ist völlig von Japan abhängig. Seine Stellung ist verstärkt worden, seitdem sich die japanfreundliche Angsur-Partei ihm angeschlossen hat, die bei Ausbruch des Weltkrieges die Regierungsgewalt innehatte und 1920 von General Wu gestürzt wurde.
- Chang beherrscht von Mukden aus völlig die zentrale Regierung in Peking. Im Dezember 1921 machte er den Monarchisten Liang Shi-yi zum Präsidenten. Dies brachte den Stein ins Rollen. Im Januar 1922 forderte General Wu in einem Ultimatum den Rücktritt des Präsidenten, den er des Landesverrats anklagte. Liang wird vorgeworfen, bei den Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz in Washington die chinesischen Delegierten zum direkten Verhandeln mit Japan aufgefordert zu haben.)

